

Die „Freiheit“ erscheint dreimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Berater“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat April 35.— Mk., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 32.— Mk. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Strafband bezogen für Deutschland, Litauen, das Saar- und Pleißengebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Rußlands 60.— Mk., für das übrige Ausland 87.— Mk.

Die schönste und wertvollste Konfektzettel oder deren Raum kostet 12.— Mk. einschließlich Anfertigung. Kleine Ausgaben: Das festgedruckte Wort 2,50 Mk., jedes weitere Wort 1,75 Mk., einschließlich Anfertigung. Sammelzettel Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 8.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk.

Fernsprecher Zentrum 152 30—152 39

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Im Kampf um den Achtstundentag

##### Der große Kampf der Metallarbeiter in Süddeutschland

Die auf Verlängerung der Arbeitszeit gerichteten Bestrebungen des Unternehmertums, deren letztes Ziel die Beseitigung des Achtstundentages ist, treten immer deutlicher in Erscheinung. Bei dem großen Kampf der Metallarbeiter in Süddeutschland handelt es sich um die Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 46 auf 48 Stunden, also um die Durchführung des sogenannten vollen Achtstundentages. Wir haben schon wiederholt dargestellt, daß der Kampf des Unternehmertums gegen den Achtstundentag mit voller Festigkeit erst dann einsetzen wird, wenn alle kürzeren als achtstündigen Arbeitszeiten beseitigt sind. Denn solange das Unternehmertum noch Tarifverträge abschließt, die solche kürzeren Arbeitszeiten zulassen, geben sie die Möglichkeit einer kürzeren Arbeitszeit selbst zu. Damit liefern sie ein gewichtiges Argument für eine kurze Arbeitszeit. Dieses Argument zu beseitigen ist daher ihr nächstes Bestreben, um danach den Kampf für eine Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden hinaus auf der ganzen Linie und mit dem ganzen Gewicht ihrer Macht aufnehmen zu können.

Der Kampf der Metallarbeiter in Süddeutschland hat daher entscheidende Bedeutung für die Lösung der heikeln Arbeitszeitfrage für die Zukunft. Außerdem dehnt sich der Streik weiter und weiter aus. Nachdem Bayern und Württemberg bereits im Streik stehen, greift die Bewegung nunmehr auch auf Baden über. Auch dort hat ein in Karlsruhe todesend und vom Reichsarbeitsministerium eingeleitetes Schiedsgericht einen Spruch gefällt, der einen Teil der geforderten Lohnerhöhung bewilligt, zugleich aber die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von 46 auf 48 Stunden ab 1. April vorschreibt. Der Schiedsspruch entspricht also in allen Punkten dem Verlangen der Metallindustriellen, und dieses Verlangen der bayerischen Unternehmer deckt sich Punkt für Punkt mit den Forderungen der Metallindustriellen in Bayern und Württemberg. Es handelt sich in Süddeutschland also um ein planmäßiges Vorgehen des gesamten Unternehmertums in der Metallindustrie. Ueber die Haltung der Metallarbeiter zu dem Schiedsspruch wird gemeldet:

Tage in Kraft getreten. Er umfaßt allein in dem Mannheim-Ludwigshafener Industriegebiet 25 000 Arbeiter in 34 Betrieben. Zweifelslos werden die Metallarbeiter in den übrigen Bezirken Badens ebenfalls mit in den Streik hineingezogen.

Danach dürfte sich die Zahl der streikenden Metallarbeiter in Süddeutschland in den nächsten Tagen wesentlich vermehren. Eine breite Front geschulter Gewerkschaftler steht im Kampf. Nach reiflicher Ueberlegung und nach Ausnutzung aller Schlichtungsmöglichkeiten sind die Metallarbeiter in Bayern, Württemberg und Baden zu dem letzten schweren Schritt gekommen, der durch die Haltung des Unternehmertums unvermeidbar wurde. Der ferner unvermeidbar wurde durch die Haltung der verschiedenen Schiedsgerichte, die sich in ihren Schiedssprüchen regelmäßig den Auffassungen und Forderungen des Unternehmertums anschlossen. Das zeigt, daß die auf Verlängerung der Arbeitszeit gerichtete Tendenz nicht nur bei den Unternehmern, sondern in gleich starkem Maße auch bei den im Dienste des Reichsarbeitsministeriums stehenden Beamten und Vertrauenspersonen lebendig ist. Das Schlichtungswesen, das, wenn es einen Sinn haben soll, Streikverhütend wirken muß, erfüllt diese Aufgabe aber nicht, wenn es die Parteilichkeit seiner Organe so eindeutig zu erkennen gibt. Diese Erscheinung muß das Vertrauen der Arbeiterschaft in die Schlichtungsorgane vollends erschüttern und das Schlichtungswesen gänzlich unwirksam machen. — Diese Erfahrung kommt zur rechten Zeit. Sie kommt in dem Augenblick, da die Schlichtungsordnung dem Reichstage vorliegt und demnächst zur Beratung kommen wird. Man stelle sich vor, was die Arbeiterschaft erst von den Schlichtungsorganen nach dieser Schlichtungsordnung zu gewärtigen hätte, deren Tätigkeit nicht nur durch schlichtendes Einwirken in die Arbeitskämpfe streikverhütend wirken soll, sondern die das Recht bekommen sollen, durch ihre bloße Existenz und durch ihre Sprache den Streik zu verbieten. Die Vorgänge in Süddeutschland wirken also gleichzeitig wie eine letzte Warnung an die Arbeiterschaft, nicht auf die Leimruten dieser Schlichtungsordnung zu kriechen, sondern die uneingeschränkte Freiheit ihrer Bewegung unter allen Umständen zu erhalten.

Die Bedeutung der Metallarbeiterbewegung in Süddeutschland reicht also weit hinaus über die Bedeutung eines beliebigen Lohnkampfes. — Die Metallarbeiter Süddeutschlands stehen auf den Schanzen für die wichtigsten Forderungen und Lebensinteressen der Arbeiterklasse.

auch das preussische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten beschäftigt. Das preussische Landwirtschaftsministerium hat sich im Februar 1921 beschwerdeführend an das Reichsernährungsministerium gewandt, weil man dort Anstoß daran nahm, daß die Verteilung der dem Wingerverband gewährten Zuckerverzweigung unter Umgehung Preussens erfolgte. In dem fraglichen Beschwerdebrief hatte Preussen verlangt, daß in Zukunft bei Zuckerverteilungen der Weg über die einzelnen Länder unbedingt eingehalten werden müsse. Das Landwirtschaftsministerium hat ferner um Aufklärung darüber gebeten, wie es möglich sei, daß der Wingerverband für Mosel, Saar und Ruwer in der Lage sei, Weinzucker zum Preise von 14 Mk. das Kilo zu erhalten, während z. B. die Hauptbeugs- und Abgabengesellschaft des Rheinischen Bauernvereins in Köln zur gleichen Zeit 21 bis 22 Mk. für das Kilo Zucker bezahlen mußte.

#### Neuer Wahlsieg der Arbeiterpartei

Bei der Ersthauptwahl in Peiseck erlitt die Koalition eine weitere schwere Niederlage. Der Kandidat der Arbeiterpartei, Danton wurde mit 14 062 Stimmen gegen 8710 Stimmen für den Koalitionsliberalen Marlow und 3823 Stimmen für den unabhängigen Liberalen Allen gewählt.

Der große Wahlsieg der englischen Arbeiterpartei wird erst ersichtlich, wenn man die Stimmensziffern bei der Wahl im Dezember 1918 heranzieht. Damals erhielt der Koalitionsliberale 18 084, der Arbeiterkandidat 6097 Stimmen.

#### Die Republik

Von Paul Lange

Der bayerische Volksparteiler Dr. Heim, in dessen Regensburger Genossenschaftsbetrieben die beiden ehemaligen Ehrhardt-Offiziere und nachmaligen Mörder Gozbergers tätig gewesen sind, hat kürzlich gesagt, die deutsche Republik habe in den Regierungskreisen nicht viele Anhänger. Er hat vollkommen recht, wenn er damit solche Regierungsbeamte meint, die im Innern überzeugt sind, daß in Deutschland der Uebergang von der Monarchie zur Republik ein notwendiges Stück Kulturfortschritt war, und daß für die weitere politische Entwicklung sicher die Beibehaltung der Republik notwendig ist.

Wie groß ist denn überhaupt die Schicht der Republikaner? Die Zentrumspartei und die bürgerlichen Demokraten sind für die Republik, weil sie vorhanden ist. Käme die Monarchie wieder, so würden sie sich auch damit abfinden. Denn für die Kapitalisten ist es ganz gleich, ob sie in der Republik oder in der Monarchie ihre Profite machen; auch die Kirche gibt dem Kaiser, was des Kaisers ist. Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei sind nicht republikanisch. Andererseits ist (abgesehen von den kommunistischen Parteiführern) die USPD unbedingt Gegnerin der Monarchie.

Die Stellungnahme der SPD. ergibt sich aus ihrem im September 1921 zu Görlich beschlossenen Programm. Das Görlicher Parteiprogramm der Rechtssozialisten betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform, aber das ist — genau betrachtet — kein grundsätzliches Bekenntnis, sondern eine faktische Stellungnahme. Das ist die sogenannte Realpolitik, die immer mit den „gegebenen Tatsachen“ rechnet, d. h. sich von den Tatsachen meistern läßt, statt die Welt nach eigenem Willen zu gestalten zu suchen. Ach, wenn doch die SPD. den Sinn beherzigen würde, den Friedrich Rückert in die Worte gekleidet hat:

Der Mensch kann, was er will, wenn er will, was er kann:  
Ist wohl ein guter Spruch, doch genügt er nicht dem Mann. —  
Der Mensch kann, was er will, wenn er will, was er soll:  
In diesem ist das Maß der Mannesugend voll. —  
Dies ist der Zauberbaum, womit du alles füllst:  
Wolle nur, was du sollst, so kannst du, was du willst.\*

Der Vorwärts-Redakteur Friedrich Stampfer hat einen Kommentar zu dem Görlicher SPD-Programm geschrieben. Darin sagt er, die alte Sozialdemokratie habe in ihrem 1891 geschaffenen Erfurter Programm nicht von der Republik gesprochen und nur die parlamentarische Demokratie, nicht die Republik gefordert. Solange die republikanische Staatsform in Deutschland nicht bestanden habe, wäre nur die parlamentarische Demokratie, nicht die Republik, eine programmatisch festgelegte Forderung der Sozialdemokraten gewesen. Diese Darstellung Stampfers ist nur formell richtig, sachlich aber falsch; sie ist nichts weiter als ein verfehlter Versuch, die Politik der SPD. von 1914 bis 1919 nachträglich zu rechtfertigen. Stampfer sagt, wenn die Hohenzollern sich darauf beschränkt hätten (ähnlich wie der englische König) zu repräsentieren, statt zu regieren, so würde ihnen drinnen und draußen niemand ein Haar gekrümmt haben, dann „wohnte Wilhelm II. noch heute im Berliner Schloß“. Ich weiß nicht, durch wen Stampfer bevollmächtigt worden ist, im Namen der ganzen Welt eine solche Erklärung abzugeben. Stampfers Parteikommentar steht aber auch im Widerspruch zu der Resolution, die der SPD-Parteivorstand in Görlich eingebracht hatte, und in der es heißt, daß die SPD. „die einzige Partei ist, die von jeher und grundsätzlich auf dem Boden der republikanischen Staatsordnung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts steht.“

Die Aufklärung darüber, warum im alten Erfurter Programm nicht wörtlich „die Republik gefordert“ wurde, ist nicht dringen. Das kaiserliche Deutschland war in solchen Dingen sehr feilisch und ungenügend, vor allem in der Zeit des Sozialistengesetzes, das 1890 zu Ende ging. Und mehr als ein Teilnehmer an den Märschen ist nachher in Sachsen wegen „Tragens republikanischer Abzeichen“ bestraft worden, weil er ein rotes Taschentuch an seinen Spazierstock gebunden oder sich ein rotes Schleißen an die Brust gesteckt hatte. Deswegen fertigte man die Märscherjahnen, die man im Märschzuge trug oder zum Fenster herausschängte, aus weißer Leinwand und malte eine rote 8 darauf. Für die alten Achtundvierziger des vorigen Jahrhunderts, die alten Demokraten, die dem neuen Kaiser-

#### Die Weinsendungen des Dr. Hermes

Insgesamt vier Sendungen mit 662 Flaschen.

Bereits in dem Bericht, den wir gestern über die Donnerstags-Sitzung des zur Untersuchung der Geschäftsführung des bisherigen Reichsernährungsministers Dr. Hermes eingeleiteten parlamentarischen Ausschusses veröffentlichten, konnten wir andeuten, daß Minister Dr. Hermes außer den schon bekannten zwei Weinsendungen vom Wingerverband für Mosel, Saar und Ruwer auch noch eine dritte bezogen hat. Heute können wir feststellen, daß es sich bei dieser dritten Sendung um eine Lieferung von 100 Flaschen Weins handelt, die Dr. Hermes im Februar 1921 erhalten hat, und zwar wurde ihm die Flasche mit 5 Mk. berechnet. Die billige Weinquelle in Feiler hat Dr. Hermes aber auch noch späterhin ausgenutzt und im November 1921 noch eine vierte Weinsendung vom Wingerverband für Mosel, Saar und Ruwer bezogen. Das Quantum dieser dritten Weinsendung belief sich auf 250 Flaschen und der 15 dieses Edelgewinnes auf 750 Mk. die Flasche.

Dr. Hermes hat also im ganzen, wie bisher festgestellt den konnte, 662 Flaschen Wein vom Wingerverband bezogen, und zwar: Am 7. 4. 1920: 187 Flaschen, 1. 10. 1921: 125 Flaschen, darunter 100 Flaschen, die Flasche ebenfalls zu 5 Mk.; am 16. 2. 1921: 100 Flaschen zu einem Flaschenpreis von 5 Mk. und am 21. 11. 1921: 250 Flaschen zu einem Flaschenpreis von 750 Mk. die P. P. R. hören, hat die im Dezember 1920 erlassene Sonderzuweisung von Zucker an den Wingerverband durch Dr. Hermes, von der die Öffentlichkeit in Verbindung mit den Weinsendungen des Ministers erfährt,

Lulius nach 1870-71 und dem Bismarckgedenken widerstanden hatten, war die einzige deutsche Republik der Mittelpunkt ihres politischen Denkens. Diese Rolle konnte die Republik in einem sozialistischen Programm nicht spielen. Denn die Sozialisten waren sich klar, der Staat, der äußerlich eine Monarchie ist, kann demokratische Einrichtungen haben — was in Deutschland freilich nicht der Fall war. Die Republik kann eine kapitalistische Herrschaft sein — was in Deutschland zurzeit noch der Fall ist. Im Rahmen der sozialen Revolution ist die Beseitigung der Monarchie eine Selbstverständlichkeit, die nebenbei zu erledigen ist. Der „Vorwärts“-Geschäftsführer Hübner drückte es auf dem Parteitag 1898 so aus: Die Bekämpfung und Beseitigung des monarchistischen Gedankens sei eine notwendige Voraussetzung des Sieges der Arbeiterklasse. Paul Singer bezeichnete es auf dem Parteitag 1900 unter Zustimmung aller Delegierten als eine Aufgabe der Parteigenossen, unsern republikanischen Auffassungen Ausdruck zu geben. Zahlreiche Parteigenossen haben vor dem Kriege ihrer republikanischen Gesinnung Opfer gebracht, indem sie, wenn sie wegen politischer Vergehen ins Gefängnis kamen, allen Versuchungen zum Trotz kein Gnadengesuch an den Landesfürsten richteten. Friedrich Stampfer gab 1910 seine „Grundbegriffe der Politik“ heraus, in denen es heißt:

„Besten Endes bedingt die Demokratie immer die Beseitigung der Monarchie — aber die Einführung der Republik ist keineswegs die Voraussetzung einer beginnenden demokratischen Entwicklung. Ob eine demokratische Partei, wie die Sozialdemokratie als Partei der arbeitenden Bevölkerung eine sein muß, die Front ihres Angriffs gegen die Monarchie und den Monarchen richtet, oder ob sie mit ihnen Waffenstillstand hält, um die Macht ihres Vorstoßes nach einer anderen Seite hin nicht zu schwächen, das wird immer von den besonderen Umständen abhängen, nicht zuletzt von der Art der Monarchie und des Monarchen selbst. Nichts kann uns hindern, auszusprechen, daß jede Monarchie ein letzter Rest einer Staatsform ist, die, an modernen Maßstäben gemessen, als Ausgeburt der Barbarei, der Willkür und Unvernunft erscheinen muß.“

Die SPD. ist durch ihre Kriegspolitik mit den Monarchisten derart verfeindet und verflücht gewesen, daß sie im November 1918 keine wirkliche Realpolitik im proletarischen Interesse treiben konnte, sondern noch am 7. und 8. November 1918 Flugblätter verbreitete, die sich gegen den Sturz der Regierung richteten, d. h. gegen diejenigen, die wirkliche Realpolitik trieben und die die Gelegenheit zu benutzen suchten, den ungeheuerlichen militärischen Zusammenbruch zu einem Sturze der Monarchie auszunutzen. Die damalige bürgerlich-sozialistische Regierungskoalition versuchte noch am 9. November 1918 (siehe die Bekanntmachung des Prinzen Max von Baden und diejenige Eberts) die Monarchie zu retten, indem sie die Personen Wilhelm II. und seines Sohnes zugunsten des Entschlusses zu opfern bereit war. Weil die SPD. damals nicht gewillt war, diese welt-historische Situation zu benutzen, will Stampfer jetzt diese Blöße bemitleiden, indem er so tut, als sei die Frage der Republik für das Proletariat ungeklärt und gleichgültig gewesen.

Es hätte keinen Zweck, über diesen vergeblichen Rechtfertigungsversuch zu streiten, wenn er nicht politische Folgen auch für die Zukunft hätte. Stampfer erklärt zwar, die SPD.-Mitglieder hätten die Pflicht, nötigenfalls gewalttätige Angriffe gegen die nun gegebene Republik mit ihren Weibern abzuwehren — aber das Wunnte wohl erst dann auf die Monarchisten Eindruck machen, wenn die SPD. klar und eindeutig ihre Politik jener kritischen Novembertage preisgibt, statt sie zu rechtfertigen. Sonst werden die Monarchisten sich für berechtigt halten, anzunehmen, daß die SPD. auch künftig nach einem neuen Umschwunge die „gegebenen Tatsachen“ respektieren werde.

Der von Stampfer geschriebene Kommentar zum Görlitzer SPD.-Programm spricht ganz natw davon, die Monarchisten könnten auf verfassungsmäßigem Wege die Wiedereinführung der Monarchie beantragen. Nach Artikel 73 der Reichsverfassung kann ja schon ein Zehntel der Reichstagsmitglieder den Reichstag zwingen, sich mit einem Gesetzentwurf zu beschäftigen, den sie ihm einreichen. Folgt sich der Reichstag nicht, so findet eine allgemeine Volksabstimmung darüber statt. Stampfer meint, diese Prozedur müsse auch stattfinden, wenn die Monarchisten die Wiedereinführung der Monarchie derart verlangen! Gemütlliche Republikaner, diese SPD.-Leute! Ob die Monarchie, wenn sie bei der Abstimmung eine Mehrheit gefunden hat und dann eingeführt worden ist, später auf Antrag der Republikaner eine neue Abstimmung zugunsten der Republik vornimmt? Nein, solche selbstmörderische Anwendungen haben nur schwache Republikaner, niemals wird man sie bei Monarchisten finden. Denn für die Monarchisten sind politische Dinge keine Abstimmungsfragen, sondern Machtfragen.

Eine Republik, eine Demokratie, die sich soweit überbietet, daß sie sich auf Wunsch ihrer Feinde auf demokratischem Wege selbst abschafft, wird von diesen nicht ernst genommen. Darin liegt die Schwäche der deutschen Republik: Sie hat gar nicht so viele Feinde. Ihr Unglück ist, daß sie so wenige entschlossene und so viele schwache Freunde hat. Denn wenn der Kommentar zum Parteiprogramm der SPD. theoretisch eine „verfassungsmäßige“ Abschaffung der Republik für möglich hält, was will man dann von der Zentrums-partei, den bürgerlichen Demokraten, der deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationalen Volkspartei erwarten?

Für einen wirklichen Republikaner kann es keine gewalttätige Beseitigung der Republik geben. Für ihn ist aber auch das Verbot von der „verfassungsmäßigen“ Möglichkeit, die Republik abzuschaffen, eine lächerliche Schranke. Ein Minister der Republik kann (soweit er nicht zu denen gehört, von welchen Dr. Heim gesprochen hat) auch auf Grund von § 78 der Reichsverfassung keine Amtshandlung vornehmen, die der Beseitigung

der Republik Vorschub leistet. Und wenn es doch geschieht, wird die Arbeiterschaft während der Vorbereitungen für die „verfassungsmäßige“ Abschaffung der Republik wohl nicht nur theoretisch die Frage des Generalfreieis erörtern.

## Die deutsche Delegation für Genua

Berlin, 31. März.

H. Z. B. Der italienischen Botschaft in Berlin ist heute über die Zusammensetzung der deutschen Delegation zur Genua-Konferenz folgendes mitgeteilt worden: Voraussichtliche Delegierte werden sein: Reichskanzler Dr. Wirth, Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rathenau, Reichsfinanzminister Dr. Hermes, Reichswirtschaftsminister Schmidt. Soweit der Herr Reichskanzler an der Teilnahme behindert sein sollte, wird die Delegation durch den Herrn Reichsminister des Auswärtigen geführt werden. Der Delegation werden ferner eine Anzahl beamteter und nicht beamteter Berater angehören, von denen die ersteren von den beteiligten Reichsressorts und Landesregierungen entsandt, letztere nach Zustimmung mit dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat als Vertreter des Wirtschaftslebens berufen werden.

## Die italienische Delegation.

R. P. Rom, 31. 3.

Eine Sitzung des Ministerrats hat die italienische Abordnung für die Konferenz von Genua, außer den Sachverständigen, wie folgt, bestellt: Ministerpräsident de Facta, Minister des Auswärtigen Schanzer, Finanzminister Bertoni, Schatzminister Peano, Handels- und Industrieminister Theophil Grotti.

Paris, 31. März.

Die „Populaire“ schreibt, wird jedenfalls ein Delegierter des Allgemeinen Arbeiterverbandes, und zwar der Gewerkschaftssekretär Dumoulin als

Sachverständiger der französischen Delegation für die Genua-Konferenz angehören.

## Internationaler Gewerkschaftskongress

Die deutsche Delegation.

DK. Berlin, 31. März.

Gleichzeitig mit der Konferenz von Genua wird in Rom um die Osterzeit der Internationale Gewerkschaftskongress zu einer Tagung zusammenzutreten. Als deutsche Vertreter gehen zu diesem Kongress nach Rom: Für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund: Leipart und Adolf Cohen; für die Aia: Aufhäuser und Urban; für den Metallarbeiter-Verband: Dismann; für die Leberarbeiter: Simon; für die gewerkschaftlichen Frauenorganisationen: Gertrud Hanna.

Die Delegation ergänzt sich noch durch einige weitere Persönlichkeiten auf ungefähr 12 Köpfe.

## Der neue Ernährungsminister

Die Ernennung des dem Bayerischen Bauernbund angehörigen Reichstagsabgeordneten Fehr zum Reichsernährungsminister wird jetzt amtlich bekanntgegeben. Welche Stellung Fehr zu den wichtigen Fragen der Ernährungspolitik einnimmt, ist unklar. Aus Äußerungen von ihm, die kürzlich durch die Presse gingen, war zu entnehmen, daß er zwar für die Beibehaltung der Umfrage eintritt, sie aber zu „veredeln“ beabsichtigt. Er hat jedoch nicht gesagt, was er sich darunter vorstellt, so daß man erst einmal seine Taten abwarten muß.

Neuer deutscher Gesandter in Warschau. Wie wir erfahren, soll der bisherige Gesandte in Georgien, Ulrich Hauser, zum deutschen Gesandten in Warschau ernannt worden sein. Seine Abreise nach Warschau steht unmittelbar bevor.

# Die deutsche Kohlenproduktion

## Der Ruf nach Ueberschichten

Die Frage der Arbeitszeit scheint auch den Decern, die in der deutschen Kohlenwirtschaft regieren, dauernd schlaflose Nächte zu bereiten. Die Zechenherren selbst sowie die Beamten der Kohlenwirtschaftskörperschaften sehen in der Verlängerung der Arbeitszeit immer wieder die einzige und letzte Lösung des sehr schwierigen Problems ausreichender Kohlenversorgung Deutschlands. Auf der Vollversammlung des Reichskohlenrates, die gestern vormittag im Ingenieurhaus tagte, ist das wieder deutlich in Erscheinung getreten. Dort machte der Bergbaupräsident Bennhold etwa folgende Ausführungen über den Stand der deutschen Kohlenproduktion:

„Die deutsche Steinkohlenförderung, ohne die des Saarbeckens, hat mit rund 130 Millionen Tonnen die Produktion von 1921 um etwas mehr als 5 Millionen T., also um rund 4 Proz. übertraffen. An der Steigerung ist besonders das Ruhrrevier mit einer Mehrjahresförderung von etwas über 6 Millionen Tonnen beteiligt, während Oberschlesien dank der durch die politischen Wirren verursachten Störung seiner Wirtschaft ein Weniger von etwas über 2 Millionen Tonnen anwies.“

Die deutsche Kohlerzeugung hat sich 1921 auf rund 27,8 Millionen Tonnen, das ist gegen 1920 um etwa 2,8 Millionen Tonnen oder um rund 11,5 Prozent gehoben. Auch hier entfällt der wesentliche Teil der Steigerung auf das Ruhrrevier. Gegenüber der Friedensgewinnung im Jahre 1913 zeigen die Zahlen, wenn auch hier das Saarbecken und Ruhrrevier ausgedehnt werden, immer noch erhebliche Rückfälle. In Steinkohlen ist die Förderung um rund 21,5 Proz. bei Koks um rund 9,4 Proz. niedriger als im Frieden.

Die Belegschaftsvermehrung der einzelnen Steinkohlenreviere, die 1920 im Ruhrrevier noch 61 000 Mann betrug, hat 1921 ein ruhigeres Tempo angenommen. Im Ruhrrevier ist die Arbeiterzahl um etwa 2 000 auf rund 57 000 Mann gegen rund 300 000 Mann im Jahre 1913 angewachsen. In Oberschlesien hat sich die Belegschaft wie im Jahre 1920 auf rund 185 000 Mann gehalten. Was den vorstehenden Zahlen ergibt sich für das wichtigste Steinkohlengebiet, das Ruhrrevier, das während seiner Belegschaft gegen das Ruhrrevier um etwa 4,7 Prozent gemachsen ist, keine Verbesserung um etwa 6,9 Proz. zuzurechnen hat, ein erfreulicher Beweis für die allmähliche Eingewöhnung der in den letzten Jahren dem Kohlenbergbau zugehörten bergarbeitenden Arbeiter. In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß die Monatsförderung des Ruhrreviers im Ruhrrevier bis auf 30 000 Tonnen diejenige des Januar 1921, in dem noch planmäßige Ueberarbeit geleistet wurde, erreicht hat, und daß in den letzten Monaten der verschiedenen in der normalen Zahl eine Tagesförderung erzielt worden ist, die der Durchschnittsproduktion des Februar 1921, in dem die damalige planmäßige Ueberarbeit mit einer Durchschnittsförderung von täglich rund 340 000 Tonnen zur besten Auswirkung gekommen war, bereits recht nahe kommt.

Der deutsche Braunkohlenbergbau zeigt in Kohle mit einer Jahreserzeugung von rund 128 Millionen Tonnen im Jahre 1921 eine Steigerung von rund 12 Millionen Tonnen gegen das Vorjahr. Das ist ein Mehr von rund 11 Proz. und gegen 1913 ein solches um rund 40,9 Proz. Schon im Februar dieses Jahres haben übrigens die neuen Braunkohlenförderungen der Entente auch nicht annähernd erfüllt werden können. Jedenfalls muß bei der Notlage der deutschen Eisenindustrie im Reichskohlenrat mit aller Deutlichkeit betont werden, daß die Forderungen der Gegner einmal ihre Grenzen haben müssen. Die Entente forderte an Koks im Januar 1922 640 000 Tonnen gegenüber 214 000 Tonnen im Juni 1921, also etwa das Dreifache.“

Wir müssen, fuhr der Berichtstatter fort, mit allen Mitteln die Hebung des heimischen Kohlenbergbaues anstreben. Die dringende Vermehrung der deutschen Kohlenproduktion muß, erklärte er, durch die Arbeiterschaft, durch verständlich eingerichtete Ueberarbeit gefördert werden.

Also auch hier ertönt wieder der Keim, der unvermeidlich ist, wenn die Herren Unternehmer oder Beamten das Lied von der Steigerung des Produktionswertes anstimmen. Herr Bennhold muß zwar zugeben, daß im Ruhrkohlenrevier gegenwärtig eine Tagesförderung erzielt wird, die ohne Ueberarbeit keine Tagesförderung nahezu erreicht.

die im Februar 1921 bei planmäßiger Ueberarbeit erreicht worden ist. Einen besseren Beweis dafür, daß die Verkürzung der Arbeitszeit sich allmählich umsetzt in eine Steigerung der Leistung kann kaum erbracht werden. Und wenn die Tagesleistung der Ruhrbergarbeiter noch nicht vollkommen die Höhe der Durchschnittsförderung aus der Zeit der Ueberschichten erreicht, so doch vor allem darum weil immer wieder neue Scharen bergfremder Arbeiter den Zechen zufließen. Alle diese noch ungeschulten Kräfte vermindern natürlich die Durchschnittsleistung erheblich. Auch das hebt Bennhold selbst an einer anderen Stelle seines Berichtes hervor. Und dennoch weiß auch er nichts anderes vorzuschlagen, als eine Verlängerung der Arbeitszeit, wenn es gilt, den Produktionsertrag zu erhöhen.

Wir haben in jüngster Zeit wiederholt darauf hingewiesen, daß außerordentlich wichtige und ernste Maßnahmen zur Sicherung des Produktionswertes, die vom Unternehmer und auf Kosten des Unternehmertums durchzuführen wären, verfaßt worden sind. Wir haben diese Behauptung auch durch Beweise belegt. Fast fürchten wir unsere Leser zu langweilen, wenn wir wieder auf dieses Problem eingehen. Aber es gibt außerhalb unseres Reiches Leute, deren Köpfe diese Gedankengänge allzuschwer zugänglich sind. Darum wollen wir neue Belege dafür bringen, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit sich bei systematischer Ausnutzung aller Möglichkeiten moderner Betriebsführung und Betriebstechnik sehr bald durch eine Vermehrung des Produktionswertes bezahlt machen. Besonders tritt diese Wirkung dann ein, wenn eine gesunde Sozialpolitik und eine dem Bedürfnis der Arbeitermassen entsprechende Ernährungspolitik für die Erhaltung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft Sorge trägt. So wird jetzt gerade aus Neu-Süd-wales in Australien berichtet, daß die Arbeitszeit von 48 Stunden im Jahre 1920 auf 44 Stunden pro Woche herabgesetzt worden ist. Die amtliche Statistik bekundete gleichzeitig eine Steigerung der Produktion. Die in diesem Jahre hergestellten Produkte erreichten, trotz des Preissturzes, einen bedeutend höheren Wert als 1920. Dergleichen sind auch die Arbeitslöhne wesentlich gestiegen.

Ein weiterer Beweis für unsere Behauptung kann der „New-York Times“ entnommen werden. Sie berichtet von einer großen Fabrik für Bekleidungsartikel in Cincinnati, daß diese den Wochentag ein-gespart und gleichzeitig die Löhne erhöht hat. Da dies nicht Stunden-, sondern Wochenlöhne sind, so liegt auch das absolute Lohnvermögen der beschäftigten Arbeiter. Die Leistung teilte nun den Arbeitern mit, daß unter diesem System der Jahresertrag des Betriebes sich um 2 Millionen Dollars erhöht hat und eine Vergrößerung des Betriebes notwendig sei.

Aus alledem ergibt sich, daß die Zechenherren und die Beamten des Bergreviers zunächst einmal ihre Pflicht erfüllen sollten, bevor sie daran denken, den Arbeitern weitere Verpflichtungen aufzuerlegen. Aber alle diese Forderungen, die immer wieder an die Arbeiter gestellt werden, beweisen doch schließlich nur, daß alles wirtschaftliche Gedeihen abhängt von der menschlichen Arbeitskraft. Alle diese Forderungen sind mithin eine Anerkennung der Bedeutung der Arbeiterklasse, die der Arbeiterschaft zur Geltung gelangen kann, die aber auch die Arbeiterklasse ansporren muß, in Gesellschaft und Staat jene Geltung für sich zu beanspruchen, die ihrer von so maßgeblicher Seite bestätigten Bedeutung für das Wirtschaftsleben entspricht. Den Herren aber, die durch solche Reden oder Artikel immer wieder den Wert der Arbeiterschaft und ihrer Träger für das Gedeihen der Gesamtheit betonen, sollte es endlich auf-dämmern, daß die logische Folgerung aus ihren Darstellungen die Schonung der menschlichen Arbeitskraft und nicht ihre unumgängliche Ausbeutung abtutet.

# Steuerberatung im Reichstag

Freitag, den 31. März 1922.

Die Sitzung wird 1 Uhr 15 Minuten durch den Präsidenten Ede eröffnet.

## Kleine Anfragen.

**Abg. Rühlker (USP.):** Wann wird die Reichsregierung, entsprechend einer Entschließung des Reichstages eine gesetzliche Regelung des Urlaubs für alle Arbeiter und Angestellte in die Wege leiten? Ferner ist die Reichsregierung bereit, den Lohn- und Gehaltsempfängern, die heute bereits Urlaub bekommen, Fahrpreisermäßigung für Urlaubsfahrten zu gewähren? **Regierungsrat Dr. Rehdorf:** Das Recht des Arbeitnehmerurlaubs wird im Rahmen des Allgemeinen Vertragsrechts und des Allgemeinen Angestelltenrechts geregelt werden.

**Abg. Rühlker (USP.):** Ist die Reichsregierung bereit, in den Sommermonaten eine größere Anzahl Ferienurlaubszüge einzulegen und den in den Genuss eines Urlaubs kommenden Lohn- und Gehaltsempfängern durch eine entsprechende Fahrpreisermäßigung zu ermöglichen, den Urlaub im Gebirge oder an der See verbringen zu können?

**Eine Antwort erfolgt nicht.**  
**Abg. Rosenfeld (USP.):** Wieviel Reichsgerichtsräte haben das 65. Lebensjahr vollendet? Gedenkt die Reichsregierung dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch welches für Reichsbeamte, insbesondere für richterliche Beamte, eine Altersrente eingeführt wird, nach deren Ueberstehen sie Kraft Gesetzes in den Ruhestand treten?

**Ein Regierungsrat:** Das 65. Lebensjahr haben überschritten der Präsident des Reichsgerichts, 9 Senatspräsidenten und 19 Reichsgerichtsräte. Das Reichsgericht hat das vorgeschriebene Alter als zulässig erklärt. Sobald ein Abbruch dieser Entscheidung vorliegt, wird die Regierung prüfen, ob sie ein Ueberalterungsgesetz vorlegen will.

**Abg. Könenstein (USP.):** Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um eine Schädigung des moralischen Ansehens des Reichs im Ausland, wie er durch vergebende Verurteilungen, wie die Ausstellung „Deutschland und der Friedensvertrag von Versailles“ eine darstellt, zu verhindern und um der Reichsregierung Geltung zu verschaffen, die eine Erziehung der heranwachsenden Jugend im Geiste der Völkerverständigung verlangt?

**Ein Regierungsrat:** Ob behördliche Stellen der Ausstellung einer Unterstützung haben zuteil werden sollen, kann erst durch Rückfrage festgestellt werden. Die Erziehung der deutschen Jugend im Geiste der Völkerverständigung erleidet durch den Druck des Versailler Friedensvertrages die schwersten Hemmnisse.

Damit sind die kleinen Anfragen erledigt.  
Bei der dritten Beratung der Änderung des Gesetzes über die Unterstützung von Rentempfangern der Invaliden- und Angehörigenversicherung erklärte ein Regierungsrat, daß das Reichsarbeitsministerium gegen die Annahme des Absatz 4 des Antrags unserer Fraktion, der die für die Höhe des Rentenbezugs nicht anzurechnende Summe von Einkünften von 2000 auf 4000 Mark erhöht, zustimme. Die übrigen Anträge bitte er, abzulehnen.

Der Reichstag stimmt entsprechend diesen Ausführungen der Nummer 4 des Antrags heute zu. Die übrigen Änderungsanträge werden abgelehnt und das Gesetz in der am Donnerstag beschlossenen Fassung angenommen.

## Fortsetzung der Steuerberatung.

In der dritten Lesung des Kohlensteuergesetzes werden die Artikel I und II ohne Debatte angenommen. Bei Artikel III bemerkt **Abg. Rehdorf (USP.):** Die Erhöhung der Kohlensteuer wird eine kolossale Vertenerung nicht nur der Hausbrandkohle, sondern auch aller industriellen Herbeiführen. Sie wird die Not der Kommunen ungeheurer verschärfen. Und dies in einer Zeit, wo sich die Anpassung der Warenpreise an die Weltmarktpreise immer mehr vollzieht. Diese Entwicklung wird in den nächsten Monaten zweifellos eine ungeheure Arbeitslosigkeit im Gefolge haben.

In der Schlussabstimmung wird das Kohlensteuergesetz angenommen.

## Es folgt die Beratung des

### Branntweinmonopolgesetzes.

**Abg. Klein (SPD.)** wendet sich in längeren Ausführungen gegen die Verwendung von Rohungsmitteln zur Alkoholproduktion.

Der § 118 des Gesetzes wird ohne Debatte dahin geändert, daß von den 20 Millionen Mark, die aus den Ueberflüssen des Branntweinmonopols zur Bekämpfung der Trunksucht, der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten usw. verwendet werden sollen, 20 Millionen Mark allein zur Bekämpfung der Trunksucht angewandt werden müssen.

Beim § 120 kommt es zu einer längeren Auseinandersetzung über die steuerliche Behandlung der Essigproduktion. **Abg. Pacha (USP.)** entwirft ein Bild der verhängnisvollen volkswirtschaftlichen Wirkungen, die aus einer künstlichen Erhaltung der Essigproduktion und Kartoffelspiritus und der Abwärtigung der Essigsäureindustrie entstehen müsse. Er betont die eigentümlichen Motive der Rechten auf, die aus politischen Erwägungen die Niederhaltung der volkswirtschaftlich vorteilhafteren Produktionsmethoden in der Essigzeugung erstreben, und kennzeichnet die Halbheit der Rechtssozialisten in dieser Frage, die den Versuch der Unabhängigen, die Steuerfreiheit der Essigsäure zu erzielen, mit zum Scheitern gebracht haben. Der Antrag wird eine Milderung der drohenden gewaltigen Verteuerung des Essigs. Die Unabhängige Fraktion werde für den Antrag stimmen.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Linken und einer Anzahl bürgerlicher Abgeordneter angenommen. In der Gesamtabstimmung fand das Gesetz mit den Stimmen des Steuerblocks gegen die der Linken Annahme. Hierauf trat der Reichstag in die dritte Lesung des Vermögenssteuergesetzes ein.

**Abg. Klein (SPD.):** Durch die Geldentwertung gelangt es den Besitzenden in der Steuerlast in höherem Maße zu empfinden. Sie zahlen heute ihre Steuern in einer auf ein Bedeutendes entwerteten Mark, die sie zum vollen Betrag den Arbeitern abgenommen haben. Angesichts dieser Tatsache ist es eine Privilegierung, von Ueberlastung des Besitzes zu reden. Ueberlastet sind die Proleten (nach rechts), die ihre Werte nicht erhalten haben.

In § 16 blieb es ursprünglich, daß für die Ermittlung des Ertrages, insbesondere der Ertrag der letzten drei Jahre zu berücksichtigen sei. Den bürgerlichen Parteien war es gelungen, in der zweiten Lesung das Wort „auch“ hinter insbesondere einzufügen. Der **Abg. Bernheim (USP.)** beantragt einen Antrag, der diese Abänderung aus dem Gesetz entfernen will.

**Abg. Goldmann (USP.):** Wir beantragen im § 16 die Regierungsvorlage wiederherzustellen. Die die Verantwortung nach dem Ertrag der letzten drei Jahre festsetzt. Die Ausschüsse haben bedauerlicherweise die Verschlechterung der ursprünglichen Regierungsvorlage. Wenn wir dem Gesetze trotzdem unsere Zustimmung geben, ist nur, weil wir glauben, daß die An-

kauf dazu zwingen wird, den Besitz härter heranzuziehen und den Massenkonsum zu entlasten.

Ein unabhängiger Antrag, die Befreiung der Kirchen und kirchlichen Vereine von der Steuer zu beschließen wird abgelehnt.

**Abg. Herr (USP.)** beantragt die Streichung der Bestimmung, wonach die Sparkassen und gemeinnützigen Bankunternehmungen steuerpflichtig sind. Hierbei zeigte sich der Widerspruch zwischen Worten und Taten der Bürgerlichen. Keiner der Oberbürgermeister in den bürgerlichen Parteien hat die Interessen der Gemeinden gewahrt. Alle fügen sich dem Diktat der Bankkapitalisten.

**Abg. Weder (D. Sp.)** vertritt sich gegen die Vornahme des **Abg. Herr.**

**Abg. Herr (USP.):** Redner verwies darauf, daß seine Fraktion im Ausschuss den Antrag gestellt habe, die Regierung solle eine Denkschrift über die Finanzlage der Gemeinden vorlegen. Mit dieser Denkschrift wird nichts gescholfen. Davon werden die Gemeinden nicht reicher, die Zuberfiskusfänger nicht gefördert. Bei der Interpellation der Demokraten über die Finanznot der Gemeinden setzten sich die Bürgerlichen für eine Besserung der Gemeindefinanzen ein, legt verschleiern sie sie. Weder hat gemeint, die Abgeordneten müssen ihre Eigenschaft als Bürgermeister hinter die Interessen des Gemeinwohls zurücktreten lassen. Ich sage mit viel größerem Recht, sie müssen ihre Eigenschaft als Vertreter der Bankkapitalisten vor dem Wohl der Allgemeinheit zurückstellen.

Bei der Abstimmung ergaben sich 100 Stimmen für den unabhängigen Antrag. Er ist also abgelehnt. — Ein Antrag **Erstlin (USP.)**, der eine höhere Besteuerung der Gesteine, Metalle und Luxusgegenstände verlangt, wird abgelehnt.

**Abg. Herr (USP.):** In der zweiten Lesung hat das unscheinbare Wort „auch“ im § 16 Aufnahme gefunden. So unansehnlich dieses Wortchen erscheint, so weittragend ist seine Wirkung. Es sollen bei der Wertermittlung nicht nur die letzten drei Jahre zugrunde gelegt werden, sondern der Ertrag der letzten drei Jahre soll eine gewisse, doch nicht die entscheidende Rolle bei der Ermittlung spielen. Wir verlangen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, die das Wort „auch“ noch nicht angenommen hatte. Im Ausschuss haben Zentrum und Demokraten sich gegen die Abschwächung dieser Bestimmung gewandt. Diese Abschwächung ist sachlich nicht vertretbar. In der namentlichen Abstimmung wird der Antrag **Erstlin** mit 188 gegen 181 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der **USP.** und **SPD.**, das Wort „auch“ zu streichen, wird gleichfalls abgelehnt.

Der § 16 wird in der Ausschussfassung gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien angenommen. In der Gesamtabstimmung wird der Gesetzentwurf gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

## Vermögenszuwachssteuergesetz.

Unter Ablehnung aller wesentlichen Änderungsanträge wird der Gesetzentwurf über die Vermögenszuwachssteuer einstimmig angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Körperschaftsteuer wird mit unwesentlichen Änderungen in der Fassung der zweiten Beratung angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Kapitalverkehrssteuer wird nach einigen redaktionellen Änderungen in der Gesamtabstimmung in der Vorlage der zweiten Lesung angenommen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. — Tagesordnung: Autonomie der Reichsbank, Demokratisierungsordnung, Steuergesetze.

## Preussischer Landtag

Freitag, den 31. März.

Zur Begründung der Interpellation wegen der Einberufung der Weichfeldtrier in den polnischen Staat fordert der **Abg. Patow (D. Sp.)** von der Staatsregierung, mit allen Mitteln gegen diese Vergeßlichkeit zu protestieren.

Ministerpräsident **Braun** weist auf die schwere wirtschaftliche Schädigung Ostpreußens hin, wenn der Beschluß der Abtrennung der fünf Dörfer zur Tatsache wird. Er spricht die Hoffnung aus, daß die Völkerverständigung eine andere Haltung einnehmen möge. Die Staatsregierung werde alles tun, um Ostpreußen zu helfen.

Die Abgeordneten **v. Kries (Dm.)**, **Stahmer (SPD.)** und **Pingel (Ztr.)** sprechen sich im Sinne des Ministerpräsidenten aus.

**Abg. Obuch (USP.):** Der Beschluß der Völkerverständigung, deutsche Dörfer auf dem Ufer der Weichsel dem Staat Polen zuzuteilen, verbietet die einseitige Jurisdiktion des deutschen Volkes. Wir müssen uns aber gegen den Aufzug im imperialistischen Sinne, den die bürgerlichen Parteien diesem Protest zu jenen suchen, gegen die unwahre und beherzende Darstellung in der bürgerlichen Presse. Die Entschädigung ist ungeracht, weil sie dem Selbstbestimmungsrecht der Völker widerspricht. Die bürgerlichen Parteien haben jedoch kein Recht, sich darauf zu berufen, weil sie das Recht im Kriege selbst mit Füßen getreten haben. Sie haben damals aber die Verteidigung der Nation ihre kapitalistischen Interessen auf Ausdehnung der Grenzen und Angliederung fremder Staatsgebiete gestellt. Wir wissen jedoch, daß sie sich auf das Nationalgefühl nur berufen, wenn es ihnen paßt. Der Ministerpräsident sollte mit dem Vortwurf des öffentlichen Vertragsbruchs vorsichtig sein. Mit dem Nachlassen des Versailler Vertrags läßt sich die Entscheidung des Völkerrats vereinigen. Verleht ist durch die Grenzfestsetzungskommission aber die Bestimmung, daß gleichzeitig mit der Grenzregelung die Bestimmung, wie der Zugang zur Weichsel geregelt werden soll, getroffen werden müßten. Die Völkerverständigung hat aber die Ausführung des Beschlusses dieser Kommission nochmals ausgesetzt. Uns als Sozialisten ist die Stellungnahme der imperialistischen Regierungen nicht maßgebend. Auch England und Italien haben bei ihrem Votum für Deutschland nur ihre imperialistischen Interessen im Auge gehabt. Wir erwarten nichts von der Diplomatie der Reichsregierung oder der anderen Staaten. Wir bauen auf die Völkerverständigung durch die sozialistischen Parteien Europas. Im Begrüßungsschreiben anlässlich der Gründung der Unabhängigen sozialistischen Partei Polens hat unser Parteiführer **Bednour** ausgerufen, für die Rechte der Deutschen in Polen ebenso auf der Wacht zu stehen wie die deutsche Sozialdemokratie für die Rechte gegen die preussische Gewaltpolitik vor dem Kriege stets eingetreten ist. Die Stunde der Revision des Versailler Vertrags kommt durch einen Selbstbestimmungsakt der Völker Europas vom kapitalistisch-imperialistischen Joch. (Beifall bei den US.)

Der Ministerpräsident wendet sich gegen die Ausführungen der Abgeordneten **Meier (SPD.)** und **Obuch (USP.)**. Im Gegensatz zu der Auffassung, daß eine Grenzverlegung nicht stattgefunden habe oder beabsichtigt gewesen sei, habe er auf dem Standpunkt, daß die beabsichtigte Fortnahme der Weichfeldtrier einen glatten Bruch des Versailler Vertrages darstelle. Dem ausländischen Chauvinismus und Imperialismus werden wir uns mit dem gebunden deutschen Nationalismus beugen können.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten riefen auf der äußersten Linken Sturm hervor. Auf der Rechten brach ein Beifall-

geheul los. Der Volksparteiler **Dr. Steffen** sprang dann auch dem Ministerpräsidenten hilfreich bei und berückte ihn gegen die Zwischensätze der Linken in Schutz zu nehmen.

Der Antrag der Deutschnationalen wurde, nachdem ein Änderungsantrag unserer Fraktion abgelehnt wurde, mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten angenommen.

Alsdann erfolgte die Erledigung der Vorlagen über die Neuordnung der Beamtenbesoldung, der Dienstverhältnisse der Volksschullehrer und Lehrkräften und der Beschränkung von den Mittelschulen, die im Sinne der Regelung im Reich sich vollzieht. Unser Fraktionsvertreter **Genosse Kollmann** gibt hierzu folgende Erklärung ab:

Nachdem der Reichstag gestern die 6. Ergänzung des Beamtenbesoldungsgesetzes unter Ablehnung aller Änderungsanträge der verschiedenen Parteien nach den Ausschussbeschlüssen verabschiedet hat, ist der Landtag heute nicht in der Lage, irgendwelche Änderungen des Gesetzes im Interesse einer durchgehenden Verbesserung der wirtschaftlichen Notlage der Beamten vorzunehmen. Diese wirtschaftliche Notlage ist aber besonders in den unteren Gehaltsgruppen und bis weit in die Reihen der mittleren Beamten hinein so unheimlich groß, daß wir gegen diese überreife und durchaus unzureichende Besoldungssituation, die ebenso wie das im vorigen Herbst verabschiedete Besoldungsgesetz das soziale Verständnis für eine gerechte Eingliederung vermissen läßt, schärfsten Protest erheben müssen. Wenn sämtliche Parteien von der Unzulänglichkeit der im vorliegenden Gesetz bewilligten Gehaltsätze überzeugt sind, wie das ja auch während der Beratung im Ausschuss für Beamtenfragen zum Ausdruck gebracht worden ist, so muß ein Weg gefunden werden, der die Befestigung der dringenden Not unter den Beamten ermöglicht.

Da auch diese Besoldungsvorlage wie immer bisher erst vorgelegt und verabschiedet wird, nachdem die in der Vorlage enthaltenen Sätze durch die Geldentwertung und die Steigerung aller Warenpreise längst überholt sind, erwarten wir, daß die Staatsregierung auf die Reichsregierung dahin einwirkt, daß diese unverzüglich mit den Spitzenvertretern der Gewerkschaften in neue Verhandlungen eintritt mit dem Ziele, den Beamten zum Ausgleich für die in den letzten Monaten eingetretene wirtschaftliche Schädigung eine einmalige Wirtschaftshilfe zu gewähren und eine Besoldungsvorlage einzubringen, die den Beamten ein ihrer Bedeutung im Staatsleben entsprechendes menschenwürdiges Dasein gewährleistet.

Die Beratung des Landwirtschaftsministers wird dann beim Abschluß Wasserbauverwaltung fortgesetzt. — Sonnabend 11 Uhr Weiterberatung.

## Blüten der Koalition

Der sechste Ausschuss des Reichstages hatte sich in den letzten Wochen einmütig mit dem Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes befaßt. Der ohnehin dringliche Regierungsentwurf war von den bürgerlichen Parteien soweit verstimmt worden, daß an Stelle eines Monopols für den öffentlichen Arbeitsnachweis ein Gesetz zur Privilegierung der privaten Nachweise (Unternehmer-Arbeitsnachweis, gewerbliche Stellenvermittlung, Inseratenmarkt usw.) geschaffen werden sollte. Bei den Beratungen der ersten Lesung waren die Rechtssozialisten auf Grund der primitivsten gewerkschaftlichen Auffassungen gezwungen, mit der U. S. P. D. gemeinsam vorzugehen, während die bürgerlichen Parteien rücksichtslos alle grundsätzlichen Anträge der sozialistischen Parteien niederrichteten. In der zweiten Lesung und der dritten Lesung eingetretene Pause setzte sich nun wieder einmal die ganze Kammergeflust, die die S. P. D. innerhalb der Koalition darstellt. Nachdem die S. P. D. in der ersten Lesung von ihren Koalitionseurenden mit Dukriten regaliert worden war, brach sie während der Pause jede Verbindung mit der U. S. P. D.-Fraktion ab und brante zusammen mit Zentrum und Demokraten ein Kompromiß, zu dessen Beratung bei Wiederauftritt des sechsten Ausschusses am 30. März ein Unterausschuss aller Parteien eingesetzt werden sollte. In dieser ersten Sitzung der zweiten Lesung im sechsten Ausschuss gefellte **Genosse Kufhäuser** den Frontwechsel, den die S. P. D. in aller Stille vollzogen hatte, und forderte, daß die außerhalb der Koalition stehenden Parteien zunächst einmal die Kompromißvorlage sehen müßten, bevor ein Unterausschuss erpriehtliche Arbeit leisten könne. Die Rechtssozialisten suchten ihren abenteuerlichen Ruffhandel mit dem Zentrum und den Demokraten schwach zu verteidigen und verteilten schließlich schäblich die schriftliche Formulierung ihrer Abmachungen. Die Sitzung wurde dann abgebrochen und die U. S. P. D. wird Veranlassung haben, sich bis zur nächsten Ausschussberatung diese jüngste Frucht am Baume der Koalition näher zu ansehen. Die Rechtssozialisten aber dürften nach diesem Reinfall in Zukunft auf ähnliche Ueberumpelungsversuche verzichten.

Unschneiden!

Druckfache

Zim die

Hauptredaktion der „Freiheit“

Berlin C 2

Breite Straße 8-9



Die Aufrechten

Selbstverständlich kann es auch überzeugte Monarchisten geben. Ich unterscheide davon zwei Sorten: erstens die nicht sehr zahlreich „ganz vornehmen Leute“, denen der Schatz von Thron und Altar auch etwas einbringt; zweitens die Armen im Geiste, die — wie der Pfarrer Rump es so schön ausdrückte — gerne vor dem alten preussischen Schutzmännchen stehen. Zu der ersten Sorte gehören die, die wissen, was sie gewinnen wollen. Sie sind darum die gegebenen Führer für die zweite Klasse, die sich nur nach Orden, Paraden und der allerhöchsten Gnadensonne sehnt.

Ich finde, man kann den Generalen nicht übelnehmen, daß sie kommandieren, den Geheimräten, daß sie regieren wollen, „dem alten und besessenen Grundbesitz“, daß er sein Herrenhaus und sein Dreiklassenwahlrecht wiederhaben möchte. Man kann meines Erachtens auch nicht mit den Studienräten, den Universitätsprofessoren und den übrigen Mitgliedern der Frauenvereine darüber rechten, daß ihnen die „bewährten“ Einrichtungen von gestern besser gefallen als Freiheit und Selbstverantwortung, die den Geist mit Anforderungen belästigen. Aber man muß natürlich diese ganze Gesellschaft mit ihrer camouffierten Ordnung und Sitte bekämpfen.

Nur wird dieser Kampf viel sympatischer, wenn die Leute offen sagen, was sie wollen und wofür sie sich einsetzen. Offene Worte — offene Waffen! Dann können wir uns im freien Kampf der Überzeugungen messen, und wenn die andern durchsagen wollen — auch anders. Aber wenn einer schon kommt, um „das öffentliche Leben zu reinigen“ wie Hefflerich, und es nachher bei der Leiche Erzbergers nicht gewesen sein will, dann kommt mir... na, ich will parlamentarisch bleiben.

Da ist mir der „Bund der Aufrechten“ wahrhaftig lieber, über dessen Programm nicht weniger als fünf Devisen stehen: „Gott, König, Vaterland! Wahrhaft, wehrhaft, Autorität, nicht Majestät! Furchtlos, treu! Dennoch!“ — Nicht wahr, das ist deutlich, und wer das noch nicht versteht, für den sind anherdem die Richtlinien da.

In diesen Richtlinien bekennen sich die Aufrechten zu dem Gott ihrer Väter, der Preußen-Deutschlands unergleichliche Geschichte so wunderbar geleitet und durchwaltet hat. Durchwaltet... die deutsche Sprak... aber man darf nicht zuviel verlangen. Dafür soll „der Königsherrschaft Jesu Christi der Weg bereitet“ und die Religion wieder zur Gemeinschaftsfrage gemacht werden, wozu selbstredend „die Wiederherstellung der starken deutschen Monarchie — im Sinne höchster sittlicher Verantwortung: von Gottesgnaden“ — und Preußens Führerschaft unter den Hohenzollern“ notwendige Voraussetzungen sind.

Die Aufrechten tragen „trotz Schande und Ruchtschaft an die tiefinnersten Kräfte unseres deutschen Volkstums glaubend, ihre Häupter hoch gegen (!) die anderen Völker, stolz, dankbar und froh der Gabe, die Gott ihnen mit dem Deutschen gab.“

Sie treten darum ein „für Reinhaltung des deutschen Blutes“ und fordern den maßgebenden „Einfluß des „aristokratischen Geistes für (statt aus) den gesamten Staatsaufbau in allen seinen Ämtern und Einrichtungen“, weil sie sich nämlich zur „Brüderlichkeit aller Deutschen“ bekennen und „das Vaterland über die Partei“ stellen. (Womit natürlich die anderen Parteien gemeint sind.)

Schließlich erkennen sie an, daß „Männer die Geschichte machen“, sie stellen der modernen demokratischen Massenvergötterung den Gedanken des Führers und Helden gegenüber und heben die sittliche Autorität hervor. Die Führer und Helden mit der sittlichen Autorität heißen bekanntlich Hohenzollern, Tirpitz, Hefflerich, Ludendorff oder Hindenburg, Schlieffen oder Röhne, und sie haben die Geschichte sehr gut gemacht.

Der Bund der Aufrechten ruft schließlich „allen Aufrechten und Getreuen im Lande zu: Arbeit, glaubt, liebt und hofft.“

Na schön! Sie sollen glauben, lieben und hoffen — aber nicht nur für die Monarchie? Nein, das geht doch wohl nicht, und die Anbeter von Autorität und Macht würden es sicher am allerersten begreifen, wenn die Republik ihnen das Handwerk legen würde. Immerhin, sie sagen wenigstens, was sie wollen. Man kann sie schon an ihren Worten erkennen. Will man erst den nächsten Kapp-Putsch abwarten, um auch Taten zu sehen?

Hanns-Erich Kaminski.

Geld- und Freiheitsstrafen

Um Zweifel, die die Justizministerielle Verfügung vom 22. Dezember 1921 hat entstehen lassen, zu beheben, hat der preussische Justizminister eine Reihe von Hinweisen bekannt gegeben, aus denen der amtliche Preussische Pressedienst folgendes mitteilt:

Eine Umwandlung der Freiheitsstrafe in Geldstrafe kann nicht stattfinden, wenn die verurteilte Freiheitsstrafe 3 Monate übersteigt, ein Teil der Strafe bedingt ausgeübt wird und die Reststrafe weniger als 3 Monate beträgt. Die von den Gerichten erlassenen Beschlüsse sind dem Antragsteller ordnungsmäßig zuzustellen, um die Frist für die sofortige Beschwerde in Kauf zu setzen. Eingaben, die auf Verabfolgung einer Geldstrafe abzielen, sind in erster Linie als Weisungen aufzufassen und zu erledigen.

Es entspricht dem Grundgedanken des Gesetzes, daß die Vollstreckungsbehörden in solchen Fällen, in denen die sachlichen Voraussetzungen für eine Umwandlung offensichtlich vorliegen und der Antrag von den Verurteilten nur infolge mangelnder Kenntnis der neuen Bestimmungen nicht gestellt wird, zur Vermeidung von Härten den Verurteilten auf die Notwendigkeit eines Antrages hinweisen.

Starke Verkaufsbewegung unter den Laubenkolonisten

Während des Winters sind viele Groß-Berliner Laubenkolonisten gezwungen gewesen, ihre Lände zu verkaufen. Die Erhaltung in ordnungsmäßigem Zustand war schon immer nicht ganz billig. Jetzt aber sind die Preise für bauliche Erneuerungen an den der Witterung sehr stark ausgesetzten Länden, für Sämereien, Sträucher und Kleinvieh, vielen Kolonisten unerträglich geworden. Gegenüber diesen zur Vermeidung des Verfalles notwendigen Ausgaben rentiert sich das Ergebnis aus Gemüsepflanzungen nicht mehr. Man reißt mehr hinein, als herausgeht. Wer das nicht aushalten kann, muß von der lieb gewordenen kleinen Scholle herunter. Entsprechend der allgemeinen Teuerung hat sich der Preis für ein einigermaßen gut erhaltenes Laubengrundstück von 700—1500 M. auf 15 000—20 000 M. hinaufgeschraubt, wofür man schließlich auch ein vierstöckiges Wohnhaus „kaufen“ kann. Für Lauben im Landhausstil werden noch höhere Preise gezahlt.

Postkarten mit Wertausdruck

Eine Neuerung wird zum Aufbruch der Postkarten mit eingedruckten Briefmarken demnächst zur Anwendung kommen. Postkarten zu 40 Pfennig sollen, um nicht besonders nachfrankiert zu werden, mit einem Ergänzungssatz empfangen werden. Die Postkarten werden für den Stadtverkehr mit einem grünen Stempelausdruck, einer ovalen Linienzeichnung mit einer 35 in der Mitte des Aufdruckes, versehen. Die zur Vermeidung nach außerhalb bestimmten Karten erhalten einen runden Aufdruck in Orange, in dessen Mitte sich eine 85 befindet. Diese Karten dürfen jedoch nur für den Verkehr innerhalb Deutschlands verwendet werden.

Die anhaltende Verschlechterung des deutschen Marktaufwertes zwingt auch die Postverwaltung, bei der Gebührenverhöhung im Auslands-Paket- und Telegrammverkehr auf Umrechnungsverhältnis mit Wirkung vom 1. April an das 66 Mark zu erhöhen. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Briefen und Paketen nach dem Ausland maßgebend. Ueber die entsprechende Erhöhung der Gebühren für Ferngespräche nach dem Ausland geben die Postankalten Auskunft.

Auf zum Kampf gegen die Schulreaktion

Proletarische Eltern, rüht zu den Elternbeiratswahlen! Der preussische Kultusminister schreibt in einem Rundschreiben vom 8. März:

„Nach den Erfahrungen bei den ersten Elternbeiratswahlen und nach den Anträgen weiter Kreise von Elternbeiräten finden die Wahlen zweckmäßig im neuen Schuljahr statt. Von etwa beabsichtigten Elternbeiratswahlen im ablaufenden Schuljahr ist daher abzusehen. Die bisherigen Elternbeiräte führen die Geschäfte bis zur Einberufung (Satzung, Ziffer 3) der neugewählten Elternbeiräte weiter. Andererseits sind alle Elternbeiräte, auch die erst vor kürzerer Zeit als zwei Jahren gewählten, neu zu wählen. Die ordentlichen Neuwahlen finden von diesem Jahre ab regelmäßig in den ersten 8 Wochen nach dem Frühjahrsbeginn des Unterrichts im neuen Schuljahre statt. Die neugedruckte Wahlordnung geht der Realisierung demnächst zu, mit einigen nach bisherigen Erfahrungen geboten erscheinenden Ergänzungen, die die Grundlage der Einrichtung und des Verfahrens nicht betreffen. Ich behalte mir vor, nach weiteren Erfahrungen, die gesamten Vorschriften über die Elternbeiräte einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Binnen eines Jahres nach den neuen Wahlen ist mir über die Erfahrungen mit den Elternbeiräten zu berichten.“

Inzwischen ist der Termin für die Elternbeiratswahlen festgesetzt worden. In Berlin finden die Wahlen für die Volksschulen am 28. Mai, für die höheren Schulen am 11. Juni statt. Auch die erst vor kürzerer Zeit gewählten Elternräte scheiden dann aus. Bis dahin bleiben jedoch alle alten Elternräte in Funktion. Die Eltern wenden sich also, wenn sie beim Klassenleiter oder Rektor nicht zu ihrem Recht kommen, nach wie vor an die bisherigen Elternräte. Das ist besonders wichtig für die kommenden Ferien und Jugenmissionen. Die Satzungen geben den Elternräten das Recht, daß sie bei Verweisungen von der Schule oder Sittennoten in Abgangszeugnissen vorher zu hören sind. Eltern und Elternräte, so kümmerlich dies Recht ist, laßt es Euch nicht nehmen!

Besonders interessant ist der Inhalt des oben zitierten Erlasses. Herr Voellig, der vor kurzer Zeit erklärte, daß die Elternräte sich „bewähren“ haben, plant eine Revision des Erlasses vom November 1919. Das bedeutet: Die dänischen Rechte, die damals die Eltern erhielten, sollen noch weiter beschnitten werden, und zwar mit Hilfe der ausgewählten Elternräte selbst. Die Reaktion hofft, gestützt auf ihre kritischen Elternbünde, auf einen großen Sieg.

Das Proletariat muß diese Hoffnung zu Schanden machen. Die Verhandlungen zum gemeinsamen Vorgehen aller sozialistischen Parteien bei den Elternbeiratswahlen sind erfolgreich beendet. Unter der Losung: Gemeinsame Front gegen die Schulreaktion! Für die weltliche Einheits- und Arbeitsschule! wird die Groß-Berliner werktätige Elternschaft geschlossen in den Kampf ziehen.

Es gilt nun, alle Kräfte mobil zu machen. Die Elternbeiratswahlen müssen der Auftakt werden für den Kampf um die Schule! Keine Minute darf mit der Vorbereitung gezögert werden.

Bürokratische Belästigungen

Ein Vormund schreibt uns: Für mein Mündel, einen Schuhmacher, der bis zum 8. Dezember 1920 sich in der Irrenanstalt Buch befand, wurde mir im Februar 1922 ohne meinen Antrag von der Versicherungskassa ein Brandbura die Invalidenrente anzuweisen, und zwar für 18 Monate nachträglich, mit über tausend Mark, vom 1. Februar 1922 ab laufend. Da das Mündel fast seit der Entlassung aus der Irrenanstalt den vollen Tariflohn als Schuhmacher bezog, war die Rentenauweisung unzulässig. Aus Rechts- und Gattlichkeitsgründen lebte ich die Abhebung

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki

Eine autorisierte Uebersetzung von August Schölsch. Amerikanisches Copyright 1918 by Haffner & Co., Berlin.

87. Fortsetzung.)

Jeden Augenblick fiel etwas vor, das mich im Innersten erregte und den Zweifel in mir wachrief: Was ist's nur mit den Menschen, sind sie böse oder gut, heimlich oder friedlich? Warum erscheinen sie mir zuweilen so grauam hart und dann wieder so beschämend demütig?

Ich befragte den Koch über diese Dinge. Er stieß eine Wolke von Zigarettenrauch aus, in der sein Gesicht fast verschwand, und sagte kurz angebunden:

„Ach, Unsinn — laß dieses dumme Getöse! Menschen sind Menschen... Der eine ist dumm, der andre verständig. Die's Bücher und grübele nicht! In den Büchern ist alles beantwortet — das heißt, wenn's die richtigen Bücher sind...“

Fromme Bücher machte er nicht, „das ist was für Popen und Popenjöhne“, pflegte er zu sagen. Am ihm eine Freude zu machen, las ich einmal, als wir in Kasan anlegten, von einem fliegenden Buchhändler einen Groschenführer mit dem Titel: „Die Peter der Große von einem Soldaten gerettet wurde.“ Ich wollte ihm das Buchchen zum Geschenk machen, da er aber gerade stark getrunken hatte und schlechter Laune war, zog ich es vor, einen geeigneteren Zeitpunkt abzuwarten und das Buch erst einmal selbst zu lesen. Es gefiel mir ausgezeichnet, alles war so einfach und klar, so knapp und interessant geschildert. Ich zweifelte nicht daran, daß das kleine Buch auch den Beifall meines Schrecks finden würde. Als ich es ihm jedoch übergab, knüllte er es schweigend zwischen den Handflächen zusammen und warf es über Bord.

„Da hast du dein Buch, Schafskopf!“ sagte er brummend. „Ich bemühe mich, einen ordentlichen Hund aus dir zu machen, und du möchtest immer wildern! Ich lenne diesen Schmäler. Was ist denn das für ein Buch?“ fuhr er, mit dem Fuße stampfend, fort. „Lauter

Unsinn steht darin, nie ist dem Zaren Peter was Aehnliches begegnet.“

Bei nächster Gelegenheit kaufte ich mir nochmals dieses kleine Buch von Peter dem Großen, las es zum zweiten Male und mußte zu meinem Erstaunen zugeben, daß Smurny recht hatte: das taugt nichts. Mein Respekt vor dem Oberkoch stieg ganz beträchtlich, wie er andererseits mir mehr und mehr zugetan schien.

„Lernen müßtest du, mein Junge, lernen!“ wiederholte er immer wieder. „Hier bist du nicht am rechten Plage...“

Ich sollte auch nicht mehr lange an meinem Plage bleiben: Seregej, mein heimlicher Feind, sorgte dafür, daß ich vom Dampfer weglam. Ich hatte schon öfters bemerkt, daß er von meinem Aufwachtische Teegehirn fortnahm, um es ohne Wissen des Büfettiers den Frachtgästen zur Benutzung zu geben. Das galt als Diebstahl, und Smurny hatte mich schon mehrfach gewarnt, irgend etwas von meinem Tische an die Kellner abzugeben. Eines Abends nun, als wir von Kasan nach Nishnij fuhrten, rief der Büfettier mich in seine Kabine, in der auch Smurny anwesend war.

„Sag mal,“ begann Smurny finster, als der Büfettier die Tür hinter mir geschlossen hatte — „hast du Seregej Geschirr gegeben?“

„Er nimmt es sich selbst, wenn ich's nicht sehe.“

„Er sieht es nicht — und weiß es doch!“ sagte der Büfettier leise, während er mich durch seine Brille forschend ansah.

„Halt mal!“ fiel ihm Smurny ins Wort, und dann fragte er mich: „Hast dir Seregej dafür Geld gegeben?“

„Nein, niemals.“

„Er lügt nicht,“ sagte Smurny zu dem Büfettier. „Mag sein,“ erwiderte dieser — „doch ich kann ihn nicht mehr brauchen...“

Ich war aus dem Dienst entlassen. Ich begab mich an meinen Aufwachtisch, und Smurny begleitete mich. „Dummkopf!“ sagte er, mit dem Finger gegen meinen Schädel tippend. „Auch ich hab' mich dumm benommen: ich hätte auf dich mehr aufgeben sollen...“

In Nishnij rechnete der Büfettier mit mir ab — acht

Rubel zahlte er mir aus, die erste größere Geldsumme, die ich verdient hatte.

„Nun reiß' dich zusammen, Junge,“ sagte Smurny ernst, als er von mir Abschied nahm. „Halt' die Augen offen und den Mund hübsch zu...“

Er steckte mir einen perlengestrichelten Tabakbeutel in die Hand.

„Behalt' ihn zum Andenken,“ sagte er. „Eine hübsche Arbeit, mein Patenkind hat sie angefertigt. Na, nun lieb' wohl — und lies fleißig, hörst du? Bücher sind die besten Freunde des Menschen.“

Er sagte mich unter den Achseln, hob mich auf, küßte mich auf die Wange und stellte mich auf die Holzverschalung der Landungsbrücke zurück. Ein tiefes Weh überkam mich. Fast hätte ich aufgehaut, als ich ihn jetzt so einsam, schwer und müchtig, die Lastträger zur Seite stoßend, nach dem Dampfer zurückschreiten sah.

Wieviel solcher einsamen, vom Leben der anderen abgebröckelten Prachtmenschen habe ich später noch kennengelernt!

8.

Die Großeltern waren wieder nach der Stadt gezogen. Ich kam verärgert und kampflustig bei ihnen an — wie konnten die Leute auf dem Dampfer mich nur für einen Dieb halten?

Die Großmutter begrüßte mich herzlich und ging gleich, den Ssamowar bereitzustellen, während der Großvater, spöttisch wie immer, fragte:

„Na, wieviel Geld hast du nun zusammengeschart?“

„So viel's auch sein mag — es gehört mir,“ erwiderte ich grob, setzte mich ans Feuer, zog mit wichtiger Miene eine Schachtel Zigaretten aus der Tasche und zündete mir eine davon an.

„So, so!“ sprach der Großvater gedehnt — „das Teufelskraut rauchst du! Ist das nicht zu friß?“

„Hast sogar einen Tabakbeutel geschenkt bekommen,“ prahlte ich.

„Einen Tabakbeutel!“ freischte der Großvater auf. „Wilst du mich foppen — wie?“

(Fortsetzung folgt.)





**Ersklassige Herren-Anzüge fertig am Lager:**

1575 Mk. 1875 Mk. 1995 Mk. 2150 Mk. 2295 Mk.

**SCHULMEISTER**

Berlin SO 26 :: Kottbuser Tor

**Auf bequeme Teilzahlung**

Für Herren:  
**Anzüge / Hosen / Schlüpfer**  
In besten Qualitäten, solideste Ausführung

Für Damen:  
**Mäntel / Kostüme / Kleider**  
**Röcke und Jumper**

**Grebler** Weinbergsweg 4  
a. Rosenthaler Platz

Wochentags von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet.

**Garderobe**  
auf bequemste  
**Teilzahlung**  
bei billigster Preisberechnung

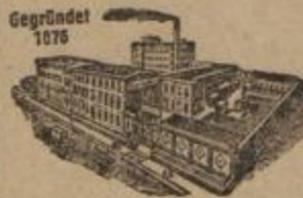
**HERREN - DAMEN -**  
Anzüge, Cutaways Paletots, Kostüme  
Paletots, Ulster Röcke, Kleider  
**REGENMÄNTEL**  
**BURSCHEN-ANZÜGE**

Gute Ware! Große Auswahl!

**M. Beiser, Lothringerstr. 67**

**Möbel-Fabrik Rob. Seelisch**

Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a, 5 Min. v. Bbl. Frankfurt Allee



Gegründet 1876

empfehlen zu bekannt billigen Preisen bei solidester Ausführung

**Komplette**  
Schlafzimmer  
Speisezimmer  
Herrenzimmer  
einfachen und besseren Genres

**Küchen** farb. u. naturglasiert in allen Preislagen

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.

**Botenfrauen sofort gesucht**  
bei erhöhtem Lohn

- Hauptexpedition Breite Straße 8/9
- Expedition Bengels O, Cadiner Straße 11
- Tour: Liebigstraße
- Expedition Berner Greifswalder Straße 29
- Tour: Frieden-, Höhl-, Büchlingstraße
- Tour: Barnim-, Weim. Georgenkirchstr.
- Expedition Dugky Choriner Straße 68
- Expedition Eurer Skalliger Straße 101
- Expedition Beresce Etzsch, Kommissarstr. 59
- Expedition Frauen Wittstocker Straße 19
- Expedition Schulze, Lichtenberg, Eitelstraße 30
- Expedition Häbiche Adlershof, Kleingartenweg 8.
- Expedition Jordan Dresdener Straße 24

**Soeben erschiene**

**PROLETARISCHE JUGEND**  
SAMPLING  
SOZIALISTISCHER JUGENDSCHRIFTEN

Heft 7

**De Wertstatt des Geistes**  
Von Gerhart Eger  
Preis 5,- Mark

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit“ Berlin C 2, Breite Straße 8-9  
Nach in den Filialen der „Freiheit“ erhältlich

**Brillanten, Gold-, Silber (auch), Platin, Zahngelisse,**  
Zahn 20 - bis 350,- Mark.  
Präzisions-Feldstecher.  
Ankauf zum Auslande von anal. Gold- u. Silbermünzen

**Kurt Kehlert, Berlin**  
Lothringer Str. 24

Warum besorgen Sie Ihren **Rheumatismus** nicht durch **Kräuter-Geist**?

**Preis 15,-**

In Apotheken! Prospekt gratis!  
A. Dorrischer & Co. Nachf. GmbH Bad Godesberg.

**Elefanten-Apotheke SW., Leipziger Straße 74**

**Kleine Anzeigen**

**Verkäufe**  
Kleinhändl. Weis, Kottbuser Straße 5, Sommergarte, Kolben, eine Tüte, Seiden, Futterstoffe für Herren, auch Anabenonäse, fertige Mäntel, Anzüge, Röcke, sehr preiswert.

**Kauf Teilzahlung!**  
Moderne Herrenmode in vornehmster Ausstattung, deussene direkte Teilzahlung, Gedrüber, Hentler, Conziliarius Str. 50, Seitenl. (am Cronenburger Tor), Geschäftzeit 9-1, 3-7, Hausnummer genau beachten.

**Central-Modellhaus**  
Schwerstr. 71, Ecke Anhalterstr., 1001. Verkauf von hocheleganten Straßen-, Cutaway-, Smoking- u. Abend-Anzügen sowie Schürzen u. Kostüme zu sportlich billigen Preisen. (Keine Lombardwaren).

**Gummimäntel**  
Herrenanlässe, Damen-, Kindermäntel, Sommer- u. Wintermäntel, Regen- u. Windmäntel, (Keine Lombardwaren). Preis nach Maß. Kleinhändl. Weis, Kottbuser Straße 5, Schwerstr. 47, Rosenthaler Str.

**Reifen**  
Reifen, Koffler, 20, Stein, Kottbuser Str. 20.

**Kaufgefuche**  
Goldfaden, Bekleidungsstücke, Wanduhr, auch Malak zu hohen Preisen Hermann, Berlin 15, Ullrichstr. 12, u. 3. Stg. (Kein Laden.)

**Wägen**  
und Wischenfeldstecher, auch zu höchsten Preisen Kottbuser, Linienstr. 50.

**Möbel**  
Chaiselongues, Umhängetasche, Kuffagen, Koffer, Valisen, Koffer, 450,- Heller, Stargarder Str. 45, 1. Stg.

**Möbel-Made**  
Schlaf- und Speisezimmer, bunte Möbel, einzelne Möbel, gegen bar und Kredit, Deussene An- und Abgabe, Kottbuser Str. 44 (Cronenburger Tor).

**Chaiselongues**  
275,-, Metallbetten 250,-, Valentinstunden, Polsteraufsätze, Kinderbetten, Weide, Auguststr. 32a, Energiehütte.

**Fahrräder**  
Fahrradbank, Einlenstr. 19.

**Fahrradbank**  
Hochstuhl, Dreifüßer, Göttinger Straße 78.

**Extra billige Angebot für gediegene Möbel**  
Schlaf-, Speise-, Herren-Zimmer, Küchen  
Zahlungs-erleichterung.

**Möbel-Frese**  
Weinbergsweg 1 (Rosenthalerplatz)

**Seifeldstecher**  
6- und 8 fach, auch färbig  
M. Seifeldstecher,  
Berlin W 9, Potsdamer  
Str. 135 (Lager 9200)

**Frauenhaare**  
ausgek. kunst. färbig  
Preisverhältnisse  
Kaiser-Wilhelm-Str. 20

**Soeben erschienen:**  
**A. WARSKI**

**Rosa Luxemburgs Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution**

Inhalt: Das geistliche Testament / Terrorismus / Demokratie / Konstitution / Pressefreiheit / Die bolschewistische Cosmogonie in der Agrarfrage vor der Oktoberrevolution / Der Aufstieg der Bauernmasse / Die Stellung der Kommunistischen Internationale zur Agrarfrage / Der neue Dresdener Friede / Revolutionäre Kritik

Preis Mk. 4.- (Organisationsausgabe Mk. 2.-)

Zu beziehen durch den Verlag  
**Carl Hoym Nachf. Louis Capnbley, Hamburg**  
sowie sämtl. Buchhandlungen und Organisationen der K. P. D.

**Verzeichnis der „Freiheit“-Expeditionen**

- Die Expeditionen sind geöffnet:  
Samstags von 10-12 Uhr  
Sonntags „ 3-6 „  
Montags „ 8-6 „
- Zentrum:** Hauptexpedition, Breite Str. 8-9
  - Norden:** Franke, Center Str. 34; Fröh Glesche, Pankstr. 60; Bachmann, Stargarder Str. 15; Lohmann, Kuffsteinstr. 48; J.-J. Uderstr. 174
  - Nordwesten:** Franzen, Wittstocker Str. 19; Lübecker Str. 16
  - Nordosten:** Werner, Greifswalder Str. 29; Dugky, Choriner Str. 68
  - Osten:** Wengels, Cadiner Str. 11; Kolbe, Weberstr. 25
  - Südosten:** Einner, Skalliger Str. 101
  - Westen:** J.-J., Etzschiger Str. 87
  - Süden:** Jordan, Rest., Dresdener Str. 24; Krüger, Wassertorstr. 41 (Keller); Schäfer, Greifenaufstr. 70
  - Adlershof:** Häbiche, Kleingartenweg 8
  - Alt-Glienick:** Frau Krüger, Rudower Str. 72
  - Baumshulenberg:** Hoffmann, Schrad. Str. 11
  - Barnau:** Brode, Mühlenstr. 7
  - Biesdorf:** Bänisch, Marzahnstr. 26
  - Birkenburg-Buchholz:** J.-J., Bahnhofstr. 24
  - Bohnsdorf-Grünau:** Frieble, Paradiesstr. 12
  - Borsigwalde:** Frau Gebauer, Schubertstr. 82
  - Brig:** Mittag, Chausseestr. 82
  - Charlottenburg:** F. Sterniker, Adnigin-Eilfabeth-Str. 6b; Köhne, Wallstr. 4
  - Eichwolde:** Kühner, Bahnhofstr. 89
  - Sichtenau bei Rahnsdorf:** Kräfte, Waldstr. 28, J.-J.
  - Friedersdorf:** Rechenberg, Sangestr. 15
  - Friedenau:** Petermann, Rheinstr. 28, Ecke Rönnebergstraße, J.-J.
  - Friedrichsfelde:** Furmannki, Viktoriastr. 1
  - Friedrichshagen:** J.-J., Kurze Str. 1
  - Grünau-Falkenberg:** Schöne, Adpenicker Str. 92
  - Bennigsdorf:** Korbanfindli, Rathenaufstr. 3
  - Bernsdorf:** Sorauer, Kastanien-Allee 2
  - Bohnenneudorf:** Müller, Emmastr. 4
  - Bohenschöndorf:** nach Exped. Weissensee Langhausstraße, J.-J.
  - Johannisthal:** Kieper, Friedrichstr. 38
  - Karlshorst:** J.-J., Dentschstr. 32
  - Kaulsdorf:** Scholz, Dohstr. 8
  - Röpenick:** J.-J., Schlag, Rieper Str. 6
  - Rönigswusterhausen:** Döhrring, Schwarzloppstraße 98, siehe Wildau
  - Lichtenberg:** Reisetow, Tisdorfer Str. 25; Paul Schulze, Eitelstraße 30; Stimming, Weichselstraße 28
  - Lichtenrade:** J.-J., Viktoriastr. 3
  - Lichterfelde:** J.-J., Raristr. 1-2
  - Lichterfelde-Ost:** J.-J., Hindenburgdamm 85
  - Mahlsdorf:** Schmidt, Walderseestr. 40 II
  - Mariendorf:** J.-J., Chausseestr. 29
  - Mariensfelde:** Grentlich, Berliner Straße 143
  - Neuenhagen:** J.-J., R. Wenke, Siegelstraße Neukölln: Krüger, Emser Str. 32; Wieje, Redarstr. 3
  - Niederschönnewalde:** Cronius, Hiesstr. 23
  - Niederschöndorf:** Seeger, Eichenstr. 65
  - Oberschönnewalde:** Kaul, Bismarckstr. 26
  - Oranienburg:** Schröder, Adnigallee 55 I
  - Pankow:** J.-J., Mühlenstr. 70
  - Reinickendorf-Ost:** Bamberg, Restdammstr. 126
  - Reinickendorf-West:** Seibel, Boldhaus, Schanzenbergstraße 14-15
  - Rosenthal:** Eise, Weis, Niederstr. 3
  - Schmargendorf:** Rebab, Breite Str. 3
  - Schöneberg:** J.-J., Belgier Str. 27
  - Siemensstadt:** J.-J., Ronnenbaum 92c
  - Spandau:** J.-J., Lindenauer 54
  - Stoaken:** J.-J., Kufelau, Scheidstr. 12
  - Stralau:** Seume, Raderstr. 2
  - Steglitz:** Bernste, Kommissarstr. 59
  - Südende:** Zwinißschert, Brandenburger Str. 7
  - Tegel:** Eise, Branowstr. 46
  - Teltow:** Häfel, Rühlendorfer Str. 37
  - Tempelhof:** J.-J., Kaiser-Wilhelm-Str. 13
  - Treptow:** Weis, Riefholzstraße 18b
  - Waidmannslust:** Ernst Eng, Plataneustr. 12
  - Weißensee:** J.-J., Berliner Allee 54
  - Wildau:** Döhrring, Schwarzloppstr. 98
  - Wilmersdorf:** J.-J., Reher, Volksteinschestr. 19
  - Wittenau:** J.-J., Hänschstr. 10
  - Zehlendorf:** J.-J., Wegener, Annastr. 10
  - Zeuthen:** Behling, Bahnstr. 2

**Verlag der „Freiheit“ e. G. m. b. H.**  
Berlin C 2 \* Breite-Str. 8-9

Wir bitten, dieses Verzeichnis aufzubewahren und die in denselben angeführten Expeditionen bei Verteilungen der „Freiheit“, bei Aufträgen von Anzeigen und bei Werbebestellungen in Anspruch zu nehmen. - Bestellungen jeder Art sind an den Verlag direkt oder an die zuständige Expedition zu richten.  
Der Verlag.

Bezugspreis für die „Freiheit“ bei täglichem wöchentlichem Erscheinen Mk. 35.- frei Haus, per Vierteljahr (für Deutschland) Mk. 60.-, für das übrige Ausland Mk. 87.-, mit den Unterhaltungsbeilagen freie Welt, Frauen-Welt, Jugend-Gesundheit